

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Geldabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4588. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13698. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4588

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Planvorschrift 2.30 Mk., Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweitanhelfer und alle Postanstalten entgegen.

Für die Aufnahme der Zentralstaaten in den Völkerbund.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf der Völkerbundstagung in Genf hat der englische Arbeitsminister Barnes in einer langen Rede im Namen der englischen Arbeitermassen gesagt, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Aufnahme der früheren feindlichen Länder in den Völkerbund fordert. Es sei nicht Sache des Völkerbundes, die Verträge und ihre Ausführbarkeit zu diskutieren, aber es ist Aufgabe des Völkerbundes, die Welt aus dem Haß zu retten, in den der Krieg sie gestürzt hat. Die Mitwirkung der ehemaligen feindlichen Länder in Brüssel hat schon gezeigt, daß nur durch ein internationales Zusammenarbeiten etwas Positives geschaffen werden kann. Das alte System der politischen Allianzen, das so viel Unheil geschaffen hat, muß aufgegeben werden. Das deutsche Volk hat Regierungen die seine Vertreter sind. Der Völkerbund muß nicht rückwärts, sondern in die Zukunft blicken.

Weiter wird aus Genf über die Sitzung vom Freitag berichtet:

Der Beifall, der Barnes' Rede folgte, war nicht sehr hart, aber es meldete sich auch kein Widerspruch. Die Franzosen regten sich nicht. Das Problem „Deutschland und der Völkerbund“ war zum erstenmal offen und ohne Umschweife verhandelt worden.

Das Verdienst, ein zweites Kernproblem des Völkerbundes ernsthaft zur Sprache gebracht zu haben, erwarb sich der schweizerische Delegierte Bundespräsident Motta, der in der gleichen Sitzung zum erstenmal die wichtige Frage „Völkerbund und Friedensvertrag“ anschnitt. Er wies auf die besondere Stellung der Neutralen hin, die an dem Friedensvertrage nicht beteiligt sind, sich aber nun als Mitglieder des Völkerbundes mit vollendeten Tatsachen abfinden müssen. Dafür müßten sie um la größeren Wert darauf legen, daß die Ausführungsfragen, die der Friedensvertrag dem Völkerbund zuwerfe, in strengstem Geiste der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gelöst würden. — Dieser Appell von neutraler Seite und vom Ehrenpräsidenten der Völkerbundversammlung ausgehend, machte einen ebenso tiefen Eindruck wie der eindringliche Hinweis Mottas, daß nun tatsächlich alle Verträge ernsthaft dem Völkerbunde mitgeteilt werden müßten. — Der sehr starke Beifall bewies, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer offenen Aussprache immer weitere Kreise zieht.

Das Berliner Tageblatt meldet: Wie verlautet, droht die englische Regierung der Tschcho-Slowakei, die Frage des Minoritätenrechtes in der Tschcho-Slowakei auf die Tagesordnung der Völkerbundkonferenz in Genf zu setzen, wenn die Deutschenverfolgungen nicht sofort aufhören.

S'chechen verlangt die Abrüstung Ungarns.

Wien, 20. November. Wie Est meldet, daß sich die Völkerbundversammlung in Genf mit einem Antrag des tschechischen Ministers des Auswärtigen, Dr. Beneš, befaßt, der die Abrüstung Ungarns fordert. Der zuständige Ausschuß der Völkerbundversammlung habe bereits mit der Durchsicht des Antrages begonnen.

Rücktritt des unabhängigen Vizepräsidenten des bayerischen Landtages?

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Freiheit beabsichtigen die Unabhängigen, aus dem Präsidium des Landtages auszutreten. Sie hätten dort den Posten des 2. Vizepräsidenten inne. Dies soll ein Protest sein gegen die einseitige parteipolitische Haltung des Präsidenten, der unsere Genossen daran gehindert hat, über die Wallenstiebrungen das Notwendige zu sagen. Die Münchner Neuesten Nachrichten verlangen, daß die Unabhängigen im Landtage soweit ausgeschaltet werden, daß sie der Arbeit des Landtages nicht mehr schaden können.

Die gestörte Orgel-Parade in Innsbruck.

Innsbruck, 20. November. (M.) Das Landesjubiläum auf dem Berge Isel hat gestern begonnen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben für heute nachmittags den Generalstreik erklärt. 600 Mann Arbeiterwehr wurden neubewaffnet und an die Grenze geschickt. Die italienische Militärmission in Innsbruck hat der Landesregierung für den Notfall Truppenhilfe angeboten. Die Innsbrucker Volkswehr meutert.

Innsbruck, 19. November. Infolge des Streiks des Bahnpersonals ruht in ganz Tirol der Eisenbahnverkehr. Alle von Wien kommenden oder dorthin von hier abgehenden Personenzüge, die nicht vor 12 Uhr nachts die Tiroler Grenze passieren konnten, liegen still.

Die bayerischen Einwohnerwehren „verzichten“.

München, 19. November. Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren hat als Richtlinie ausgegeben, sich an dem Tiroler Landesjubiläum solange nicht zu beteiligen, als nicht durch Befreiung des Eisenbahnstreiks oder durch sonstige Wiederher-

stellung des Eisenbahnverkehrs eine friedliche Teilnahme an dem Jubiläum erfolgen kann.

Die Haltung der österreichischen Regierung.

Wien, 19. November. Der Ministerrat erörterte in seiner heutigen Vormittagssitzung die in Innsbruck anlässlich des dortigen Jubiläumens entstandene Lage und beschloß u. a., der Tiroler Landesregierung den Rat zu erteilen, alle für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Maßnahmen zu treffen und insbesondere auf die Einschränkung oder Einstellung des Jubiläumens hinzuwirken.

Die österreichische Regierungskrise.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Meldung der Volkszeitung aus Wien ist das Beamtenkabinett, das der Vizepräsident Schöberl schon vollkommen aufgebaut hatte, plötzlich wieder zusammengebrochen. Einige Widerstände der Entente und der Großdeutschen Volkspartei gegen bestimmte Persönlichkeiten haben die Kombinationen umgeworfen. Im Abend wird erklärt, daß das neue Beamtenkabinett nun vielleicht doch morgen fertig wird.

Die Uebergabe Kärntens an Oesterreich.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Klagenfurt fand gestern die Schlußsitzung der Plebiszit-Kommission statt. Die Uebergabe der Verwaltung an Oesterreich ist hiermit vollzogen.

Die Wirren in Böhmen.

Prag, 19. November. Im Laufe des Tages ist es zu keinen ernstlichen Ausschreitungen gekommen. Die deutschen Blätter sind bisher nicht erschienen. Im bisher deutschen Landestheater wird auch weiter tschechisch gespielt. Casco Slawo erkohrt; es sei an maßgebender Stelle entschieden, daß das Landestheater dauernd tschechisch verbleibt.

T. U. Prag, 19. November. Wie verlautet, soll Präsident Malarski zurücktreten und Ruzarski Platz machen, dem die Nationalisten zuzubeden. Angeblich sollen sich die Nationalisten mit den Agrariern verbunden haben, um die Regierung zu stürzen. Die Verhandlungen der deutschen Parteien mit Malarski sind bisher ohne positiven Erfolg geblieben. Malarski versprach lediglich, sein möglichstes zu tun, um weitere Ruhestörungen zu verhindern. Auch in Franzensbad ist es zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Legionären gekommen.

Protest gegen das Abkommen von Rapallo.

Rome, 19. November. Die italienische Regiererschaft des Quarenzo erklärt, daß sie den in Rapallo unterzeichneten Delegierten nicht das Recht zuerkennt, über das Gebiet und die Grenzen der Regiererschaft des Quarenzo ohne Beteiligung der Delegierten dieser Regiererschaft zu entscheiden. Die Regiererschaft betrachte die getroffenen Entscheidungen als unannehmbar und unannehmbar. Die italienische Regiererschaft des Quarenzo sei herabgesetzt worden, um die Annaherung eines Abkommens zwischen Italien und dem Volk von Fiume zu erleichtern. Das Volk von Fiume sei heute mehr denn je entschlossen, sein gutes Recht zu verteidigen und den Kampf solange fortzusetzen, bis der Beschluß vom Oktober 1918 allgemein anerkannt sei.

Jugoslawien fordert Ein'schreiben gegen d'Annunzio.

Wien, 18. November. Nach Blättermeldungen aus Belgrad wird die jugoslawische Regierung an die italienische Regierung eine Note richten, in der sie verlangt, daß Aktionen d'Annunzios unmöglich gemacht und d'Annunzio aus Fiume entfernt wird.

Zusammenziehung tschechischer Truppen im Teschener-Gebiet.

Teschchen, 20. November. (M.) Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen und um auf die Entschlüsse der in Prag weilenden polnischen Delegation einen Druck auszuüben, haben die Tschechen in Teschen (Schlesien) 15 Bataillone Infanterie und zahlreiche Kavallerie und Artillerie zusammengezogen.

Berurteilter Schieber.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Direktor des Eden-Hotels, Bismarckstraße, ist zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Wochen Untersuchungshaft und zu 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Sachverständige hat die Gesamtsumme der Schleichhandelswaren in fünf Monaten auf mindestens 1 118 000 Mark festgestellt.

Grubenunglück in Westfalen.

Münster, 18. November. Auf der Zeche Westfalen bei Ahlen riß am Dienstagabend kurz nach Schluß der Tagesarbeit auf Schacht II das Förderseil und beide Förderkörbe stürzten aus 150 Metern Höhe in den Abgrund. Einer der Körbe, mit 14 Bergleuten besetzt, stürzte in den Sumpf der Schachthölle, wobei sämtliche 14 Bergleute den Tod fanden. Die Bergungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden. — Auch auf der Zeche Raddob bei Hamm riß am Dienstag das Förderseil, und beide Förderkörbe stürzten gleichfalls in den Sumpf. Hier war aber die Ausfahrt der Bergleute gerade beendet, so daß ein Verlust an Menschenleben nicht zu beklagen ist.

Neuorientierung in der Ostpolitik.

Walter Dohme, Berlin.

Das Schicksal Litauens scheint in wenigen Wochen besiegelt zu sein. Von Warschau aus beginnt bereits eine neue journalistische Offensive, die offenbar die Vorbereitung für den Vormarsch des Armees des Generals Jeligowski nach Kowno bedeutet. Das Reuter-Bureau meldete kürzlich aus Warschau, daß die litauischen Truppen im Verein mit den Bolschewisten die Offensive gegen den General Jeligowski begonnen hätten. Der Sinn dieser Meldung ist ohne weiteres klar. Man sucht in der öffentlichen Meinung Westeuropas eine moralische Begründung für die in wenigen Tagen beginnende Offensive der Polen gegen die litauische Regierung. Die Meldung ist nach jeder Richtung hin höchlich falsch. Die litauischen Armeeführer müßten wahnsinnig geworden sein, wenn sie es wagen wollten, mit ihren an Zahl unterlegenen völlig unausgebildeten und schlecht bewaffneten Truppen die vorzüglich bewaffneten, zum großen Teil aus den streng disziplinierten polnischen Regimentern bestehenden Divisionen des Generals Jeligowski anzugreifen. In Litauen weiß jedes Kind, daß die litauischen Truppen nicht einmal den Versuch eines ernsthaften Widerstandes gegen die polnische Invasion machen können, geschweige denn die Kraft zu einer eigenen Offensive besitzen. Wenn der General Jeligowski bisher die litauische Armee noch nicht aus Kowno vertrieben hat, so nur deshalb, weil er die polnische Regierung vor dem Völkerbunde nicht gar zu sehr diskreditieren darf, als lediglich aus politischen, nicht aber aus militärischen Gründen. Diese politischen Gründe sind nun versucht man jetzt von Warschau aus durch die Lügenmeldungen über eine beginnende litauische Offensive zu beseitigen, indem man die litauische Regierung verdächtigt, im Geheimen mit den Bolschewisten gemeinsam zu operieren. Auch das ist eine über alle Massen plumpe Fälschung. Die verängstigte litauische Regierung, die sich schon früher nicht durch Aktionsfähigkeit auszeichnete, starrt heute wie gebannt auf den Völkerbund, von dort alle Rettung erhoffend. Sie selbst wagt sich mit keinem Glied zu rühren und organisiert nicht einmal ordentlich den Widerstand im eigenen Lande, geschweige denn ein Bündnis mit der Roten Armee. Das interessanteste bei dieser Meldung über die angebliche litauische Offensive, die ganz offensichtlich nichts anderes als die psychologische und politische Vorbereitung des polnischen Vormarsches auf Kowno sein soll, ist die Tatsache, daß sie aus London kommt. Es ist höchst interessant, daß das Reuterbureau plötzlich so gute Beziehungen zu Warschau hat und deshalb polnische Propagandamedungen verbreitet. Bis vor kurzem noch war es wesentlich anders, denn die Engländer galten als die Protektoren der kleinen Randstaaten, deren Existenz Polen seit langem ein Dorn im Auge ist. Diese neuen englischen Beziehungen zu Warschau lassen eine Uenderung der englischen Ostpolitik vermuten. Diese Vermutung wird bestätigt durch die Nachricht, daß die englische Regierung ihren bisherigen Vertreter bei der litauischen Regierung, den Konsul World, abberufen hat. Eine solche Abberufung in einer so schwierigen Situation wie der, in der die litauische Regierung sich heute befindet, kann nur politisch erklärt werden und bedeutet in diesem Falle, daß die englische Regierung, im Gegensatz zu ihrer früheren Politik für Desinteressement an der Existenz des litauischen Staates erklärt. Dieser Schluß liegt um so näher, als der Konsul World allgemein als ein Vorkämpfer der litauischen Interessen galt, und deshalb sich im schärfsten Gegensatz zu der französischen Vertretung befand. Seine Abberufung bedeutet also in der Tat einmal eine Uenderung der englischen Ostpolitik und zum andern einen Sieg der französischen Ostpolitik über die englische.

In England weht wieder einmal ein neuer Wind. Lloyd George korrigiert zum zwanzigsten Male seine Ostpolitik. Seine letzte Rede im Unterhaus über die Beziehungen zu Sowjetrußland hat in Frankreich nicht ohne Ursache heftige Bestimmungen hervorgerufen. Lloyd George hat wieder einmal erklärt, daß man, so schlimm das bolschewistische System auch sein möge, doch mit Rußland im Frieden leben müsse. Diese neue Erklärung ist nicht durch die Sympathien für die Sowjetregierung veranlaßt, sondern ist die Folge des Bankrotts der englischen Randstaaten politik.

Es ist wohl kaum noch ein Zweifel, daß die französische Politik Polen dazu benutzte, um durch die Forderung der Randstaaten die Vorarbeiten für die Weberrettung eines einigen russischen Reiches zu leisten. Der Geheimvertrag, der zwischen Polen und Lettland besteht, besagt, daß Lettland den nördlichen Teil Litauens erhält, während es selber dafür die staatliche Oberhoheit Polens anerkennen muß. Polen wird seinem alten Plan, der Errichtung eines Protektorats über Litauen, Lettland, Estland, Weißruthenien und Ukraine in der nächsten Zukunft mit aller Energie zu verwirklichen suchen. In den baltischen Staaten kommen ihm die Verhältnisse insofern entgegen, als weder Lettland, noch Est-